

auf stark moralisch aufgeladene Argumente, den Status quo zu sichern. Während faktisch die neueren Steuerungsansätze im deutschen Schulsystem im Kontext des *New Public Managements* in Richtung einer stärkeren staatlichen Steuerung durch Rahmenplanungen gehen, dienen offensichtlich die damit einhergehenden Semantiken des Marktes als argumentatives ‚Einfallstor‘ für solche Akteure, die an der bisherigen staatlichen Steuerung unseres Erachtens zu sehr festhalten.

Darüber hinaus lässt sich in kritischer Absicht bemerken:

„Was fehlt, aber Not tut, ist ein *Abwägen des Marktversagens gegen das Staatsversagen* in einer *umfassenden Nutzen-Kostenanalyse* beider Steuerungssysteme, in die nicht nur die ökonomischen, sondern auch die nichtökonomischen direkten und indirekten privaten und sozialen Costs and Benefits einzugehen hätten.“ (Timmermann 1987: 137; Herv. i.O.)

WILLIAM LOWE BOYD

Die Politik der freien Schulwahl und marktorientierte Schulreform in Großbritannien und den Vereinigten Staaten

Wie erklären sich die Unterschiede?

1. Einleitung

Seit 1980 hat die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Bildungspolitik und der Verwaltung von Schulen in fast allen englischsprachigen Ländern einen erstaunlichen Wandel erfahren (Ball 1990; Clark/Astuto 1986; Harman u.a. 1991; Wirt/Harman 1986). Trotz erheblicher Unterschiede in den jeweiligen politischen Traditionen und sozialen Kontexten zeigen sich zwischen diesen Ländern (insbesondere zwischen Australien, Neuseeland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten) auffallende Parallelen in den jeweils eingeschlagenen schulpolitischen Wegen und Reformen (Beare 1991, Beare/Boyd 1993). Natürlich sind diese Entwicklungen Teil eines umfassenderen, internationalen Musters. Weltweite soziale, wirtschaftliche und technologische Tendenzen haben zu Zwängen (vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und des Arbeitskräftepotentials) geführt, auf die kaum eins der existierenden Schulsysteme eingestellt ist (Coombs 1985; Plank/Adams 1989). Folglich ist die Reform und Umstrukturierung der Schulsysteme zu einem internationalen Phänomen geworden (Beare/Boyd 1993).

In vielen Ländern, vor allem der englischsprachigen Welt, wird die Bildungsreform von der Überzeugung gelenkt, marktorientierte Reformen

Struktur dieser ‚modernen‘ Schule allerdings existiert in Grundzügen seit fast hundert Jahren.

(d. h. Maßnahmen, die Marktkräfte innerhalb des Bildungssektors freisetzen, im Gegensatz zu Bildungssystemen, die als zentralistisch kontrollierte Regierungsmonopole geführt werden) seien der Schlüssel zu effektiveren und effizienteren Bildungssystemen. Diese Überzeugung ist Zeichen des Triumphs der neokonservativen Kritik des Wohlfahrtsstaates. [...]

2. Transatlantischer Austausch?

Die Parallelen zwischen den schulreformatatorischen Bemühungen der Regierung Thatcher bzw. Major einerseits und der Regierung Reagan bzw. Bush andererseits sind tatsächlich weitreichend und nehmen sogar noch zu aufgrund der Stoßrichtung von Bushs Bildungsstrategie „Amerika 2000“, die er im April 1991 bekannt gab. Einige dieser Ähnlichkeiten sind auf bewußte transatlantische Anleihen in der Bildungspolitik zurückzuführen. So kam etwa Kenneth Baker [der englische Bildungsminister] zu einem Blitzbesuch in die Vereinigten Staaten, wo er einige der dortigen Magnetschulen besichtigte, was zur Idee der Gründung von City Technology Colleges (CTCs; Städtische Technische Fachschulen) führte. Ebenso wurde der Idee der Partnerschaften oder Verträge zwischen Schulen und Unternehmen, vor allem dem Beispiel des „Boston Compact“, große Aufmerksamkeit in Großbritannien zuteil. Und, um ein jüngeres Beispiel zu nennen, Aspekte des britischen Education Reform Act von 1988 werden in dem Programm „Amerika 2000“ aufgegriffen.

Im Gegensatz zu dem unsystematischen, dezentralisierten Reformansatz in den Vereinigten Staaten wurde und wird die Bildungsreform in Großbritannien zentral gesteuert und mit dem Erlaß des Education Reform Act (ERA) umfassend und systematisch gestaltet. [...] Die beiden Hauptkomponenten, die vor allem die Konkurrenz fördern, sind zum einen das, was Hywel Thomas (1993) den „Schüler-als-Gutschein-Plan“ nennt (freie Schulwahl, wobei die Gelder den Schülern an die jeweilige Schule folgen) und zum anderen Vorkehrungen dafür, daß Schulen sich, sollte die Elternschaft dafür stimmen, von ihrer lokalen Schulbehörde (Local Education Authority, LEA) lösen und zu „Grant Maintained Schools“, zu subventionierten Schulen, werden können, die ihre Gelder direkt von der Landesregierung erhalten. Beide Komponenten setzen die lokalen Schulbehörden einem starken Konkurrenzdruck aus.

In folgenden Punkten zeigen sich inzwischen besonders deutliche Parallelen zwischen Großbritannien und den USA:

- In beiden Ländern werden Reformbemühungen mit der Behauptung vorangetrieben und weitestgehend auch gerechtfertigt, daß besser gebildete Arbeitskräfte benötigt werden, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

- In beiden Ländern verstärken die Reformen gleichzeitig sowohl den Grad der Zentralisierung als auch den Grad der Dezentralisierung der Schulkontrolle. So wird den Schulen selbst in beiden Ländern mehr Entscheidungsgewalt zugesprochen (in den USA spricht man von „School Based Management“ [SBM], in GB von „Local Management of Schools“ [LMS]. Doch gleichzeitig sind neue Zentralisierungskräfte entstanden: das Nationale Curriculum in Großbritannien und die neuen Nationalen Bildungsziele in den USA (eine überraschende und absolut beispiellose Entwicklung, denkt man an die in den Staaten so ausgeprägte Tradition der lokalen Kontrolle des Bildungssektors).
- Beide Länder haben Magnetschulen, Programme zur Förderung der freien Schulwahl sowie Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen [...].
- Desgleichen fand das britische Projekt der „Assisted Places“ (Geförderte Ausbildungsplätze) sein weniger erfolgreiches Gegenstück in Vorschlägen für bundesstaatliche Gutscheine für benachteiligte Jugendliche aus den Städten in den USA, die diesen den Besuch von Privatschulen ermöglichen sollten.
[...]

3. Getrennt durch eine gemeinsame Sprache?

Trotz der vielen Parallelen und der gemeinsamen Sprache haben einige der Schlüsselbegriffe und -konzepte der marktorientierten Bildungsreform für „Tommies“ und „Amis“ nicht die genau gleiche Bedeutung. Beide Nationen sind, wie Winston Churchill zu sagen pflegte, „getrennt durch eine gemeinsame Sprache“. Die wichtigsten der übergreifenden Faktoren, die eine Reform prägen und die sich von Nation zu Nation unterscheiden, sind wohl (1) der sozialgeschichtliche Kontext, (2) die politische Kultur, (3) Ideologie und Paradigmen und (4) Herrschaftsstrukturen. Offensichtlich unterscheiden sich trotz eines (gewissen) gemeinsamen Erbes Großbritanniens und die Vereinigten Staaten erheblich in diesen Dimensionen. Und wegen dieser Differenzen, insbesondere in den ersten drei Bereichen, verweisen freie Schulwahl und marktorientierte Reformen in den beiden Ländern auf recht unterschiedliche Bedeutungen und Implikationen. Daraus ergibt sich, daß einer der auffallendsten Unterschiede zwischen den beiden Ländern darin besteht, daß diese Reformen in Großbritannien sehr viel stärker politisch und ideologisch betrachtet waren und sind. Im Gegensatz dazu haben sie in den USA große Unterstützung von allen Parteien erhalten, insbesondere seitens der demokratischen und der republikanischen Gouverneure. Interessant daran ist u.a. auch, daß genau der Punkt, der in Großbritannien den Kern der ideologischen Auseinandersetzung ausmacht – die Verlagerung auf Marktkräfte und Konsumentenkontrolle –, auch in den USA präsent ist, dort bisher jedoch kaum Groll heraufbeschworen hat. [...]

In seinen Ausführungen zu den Wurzeln und Implikationen des Educational Reform Act von 1988 schließt Brian Simon (1989: 29) mit einer Betonung „der ideologischen Auseinandersetzungen, die die gesamte Initiative begleiteten. Diese bezogen sich darauf, daß die Regierung sich auf Marktkräfte und Wettbewerbsmechanismen als Hauptmotivationen für einen Wandel stützte [...] und nicht auf das Konzept der gleichen Versorgung aller mit einem öffentlichen Gut (Bildung) –, ein Konzept, das notwendig die Einrichtung örtlicher Behörden vorantreiben wird und das daher nach Kooperation verlangt. Diese beiden Prinzipien stehen sich nun gegenüber, und je nach dem, welches von ihnen sich durchsetzt, wird mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen zu rechnen sein.“

[...]

Warum gibt es also in diesem Bereich so erhebliche Unterschiede? Zunächst einmal wird in Großbritannien die Neigung, Dinge zu politisieren – ein Trend, der durch die von Thatcher vertretene schroffe Politik der „Überzeugung“ (im Gegensatz zu „Konsens“) auf ein Höchstmaß gesteigert wurde – durch die dort (anders als in den USA) vorherrschenden größeren Klassenunterschiede und ein ausgeprägteres Klassenbewußtsein gefördert. So betont der britische Politologe David McKay in seiner Bewertung des Kontextes amerikanischer Politik das Fehlen einer sozialistischen oder proletarischen politischen Tradition in den USA. Dies ist wiederum im Zusammenhang mit dem amerikanischen Glauben an Gleichheit und soziale Mobilität sowie mit dem „Fehlen einer feudalen und aristokratischen Vergangenheit, einschließlich aller durch solche Strukturen implizierten, tief verwurzelten sozialen Spaltungen“ zu sehen (McKay 1989: 20).

In Großbritannien neigt man dazu, marktgerechte freie Auswahl im Bildungsbereich mit Privilegien zu assoziieren; mit privaten, unabhängigen Schulen; mit der Tradition der selektiven Grammar Schools; sowie mit Abschaffung des Gesamtschulcharakters der staatlichen Sekundarschulen und einer Wiedereinführung selektiver Schulen. [...] Im Gegensatz dazu hat in den USA, die auf keine aristokratische Vergangenheit zurückblicken, sondern vielmehr auf eine lange Geschichte nichtselektiver Gesamtschulen, neben denen nur wenige private Eliteschulen existieren, das Konzept der freien Wahl der Schule weniger elitäre Konnotationen. [...]

Neben dem Klassenbewußtsein liegt ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den beiden Nationen in ihrer Ausrichtung auf kollektivistische bzw. individualistische Ansätze. McKay (ebd., 27) vertritt die These, daß „der Amerikanismus sich in nichts deutlicher zeigt als in der Betonung individueller gegenüber kollektiven Handlungen“. Im allgemeinen ist in den Augen der Amerikaner die geringste Kontrolle die beste Kontrolle und „krasser Individualismus“ eine große Tugend. Dieser Individualismus wiederum verbindet sich mit Kapitalismus und Unternehmertum. Der amerikanische Politologe Walter Dean Burnham stellt fest: „In einer Gesellschaft und politischen Kultur, die von den Werten des freien Unternehmertums durchtränkt sind, nimmt die Wohlfahrtspolitik einen ungewissen Platz ein.

Politische Maßnahmen, die im Grunde eine ‚Sozialhilfe für Unternehmen‘ sind, werden selten als solche von der Öffentlichkeit erkannt, geschweige denn zum Gegenstand weitreichender politischer Auseinandersetzungen. Sozialhilfe für die Armen dagegen hat immer einen gänzlich anderen Stellenwert gehabt“ (Burnham 1983: 480). [...]

Zusammengenommen helfen diese Überlegungen zu erklären, warum die Akzeptanz von Marktkräften und Wettbewerb innerhalb der Bildungspolitik in den Vereinigten Staaten sehr viel höher ist. So etwas wie Thatchers Kampagne zur „Schaffung einer Unternehmenskultur“ wäre in den USA völlig überflüssig. [...]

Ein weiterer wichtiger Unterschied, der mit der zentralisierten und gesamtschulorientierten Bildungsreform in Großbritannien einerseits und den dezentralisierten und diffusen Ansätzen einer Reform in den USA andererseits zusammenhängt, hat zu tun mit dem Regierungssystem und der Regierungsstruktur. Das britische parlamentarische System erlaubt einer Regierung, die eine starke Mehrheit besitzt, Dinge durchzusetzen, die in dem stärker unterteilten politischen System der Vereinigten Staaten in der Regel erheblicher Kompromisse bedürften. Offensichtlich waren eine ausgeprägte Ideologie und eine „Überzeugungspolitik“ treibende Kräfte der in das Reformgesetz aufgenommenen umfassenden Reformen. Doch das parlamentarische System wie auch zentralistische Tendenzen (besonders ausgeprägt unter der Regierung Thatcher) stehen in scharfem Kontrast zu dem betont föderativen System der USA, zu ihrem konstitutionellen und komplizierten staatlichen System der Kontrolle und Gegenkontrolle sowie zu ihrer Tradition der einzelstaatlichen und lokalen Kontrolle des Bildungswesens. Anstatt auf eine umfassende Bildungsreformakte stützt sich die amerikanische Reform auf eine Mischung aus Kommissionsberichten, unterschiedlichen bundesstaatlichen Gesetzen und einheimischen Initiativen und Innovationen in (einigen) lokalen Schulbezirken. [...]

Wie Bruce Cooper (1990) bemerkt, hat die Dezentralisierung in den Vereinigten Staaten eine durchgreifende Anordnung marktorientierter Reformen behindert, während diese im extrem zentralisierten politischen System Großbritanniens sehr viel schneller durchgesetzt wurden. Doch andererseits hat eben diese Dezentralisierung des amerikanischen Systems ein Experimentieren mit Wahlfreiheit im Bildungsbereich ermöglicht. Wären die Entscheidungen auf nationaler Ebene zentralisiert worden, wäre nichts passiert aufgrund der häufigen Pattsituationen zwischen der von den Republikanern kontrollierten Exekutive und dem von den Demokraten kontrollierten Kongreß. Dies ist die Realität, die eine Verabschiedung der von Bush in seinem Projekt „Amerika 2000“ geforderten Gesetze vereitelt hat. Dennoch lebt dieser Plan weiter. [...]

Ein letzter wichtiger Unterschied zwischen den beiden Nationen besteht darin, daß – obwohl die Lehrer und Schulen in den USA fast genausoviel Kritik über sich ergehen lassen mußten wie in Großbritannien – die Amerikaner sich seit 1986 sehr stark darum bemüht haben, das Lehrergehalt und

den Grad der Professionalisierung des Lehrerberufs erheblich zu erhöhen. In Großbritannien fehlen solche Bestrebungen gänzlich. Wenn der Zeitpunkt kommt, sich anzuschauen, wie Reformen durchgesetzt werden, wird diese Abweichung in der Behandlung der Lehrer wohl von großer Bedeutung sein. Guthrie und Pierce stellen fest:

„Die Thatcher-Regierung hofft nicht nur, Veränderungen im Bildungswesen mit erstaunlich wenig zusätzlichen finanziellen Ressourcen herbeizuführen; sie versucht auch, diese radikalen Ziele ohne große professionelle Unterstützung zu erreichen. Angesichts der geringen zusätzlichen Mittel wird der langfristige Erfolg des Thatcher-Programms im Bildungssektor wesentlich von der Kooperation professioneller Pädagogen abhängen. Es ist jedoch von der politischen Seite her kaum etwas systematisch unternommen worden, um ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung zu gewinnen. [...]“ (1990: 202).

Ganz anders, so Guthrie und Pierce, wurde in den USA, „wo die Reformen sehr viel weiter verbreitet, aber weit weniger grundsätzlich sind“, die Kooperation der Lehrer wiederholt gesucht, und viele der Reformer der ‚zweiten Phase‘ „zielen bewußt darauf ab, den professionellen Status der Lehrer zu heben“ (ebd.).

4. Keine Renaissance ohne Revolution? – Die Entwicklungen seit 1990

[...]

Eine Reihe von Entwicklungen legte die Vermutung nahe, daß wir uns einer Zeit umfassenderer und radikalerer Reformen nähern. Die Ernennung eines neuen Bildungsministers, Lamar Alexander, durch Präsident Bush gab der nationalen Bildungspolitik eine sehr viel dynamischere Stoßrichtung (Gigot 1991). [...]

Alexander stellte fest: „Eine der Lehren, die wir aus der Bildungsreform der achtziger Jahre ziehen können, ist die, daß wir zu langsam und zu zaghaft waren. Was wir brauchen, ist ein Volksaufstand“ (zitiert nach Gigot 1991: 6). In Einklang mit dieser Ansicht sagte Präsident Bush anläßlich der Bekanntgabe des von Alexander entwickelten Bildungsplanes „America 2000“: „All denen, die eine wirkliche Verbesserung im amerikanischen Bildungswesen sehen wollen, sage ich: ‚Es wird keine Renaissance ohne eine Revolution geben‘“ (zitiert nach Norris 1991: 11). [...]

Der neue Plan sah 550 Millionen Dollar für den Bau von 535 neuen Schulen vor – vermutlich eine Schule pro Wahlbezirk der Kongreßabgeordneten –, die zu „rationalen Modellen an Vortrefflichkeit“ bestimmt waren. In einem Vorschlag, der an die City Technology Colleges in Großbritannien erinnert, wurde die amerikanische Industrie aufgefordert, 150 Millionen Dollar zum Bau dieser Schulen beizusteuern, wofür sie ihrerseits ein Mitspracherecht bei der Gestaltung und dem Lehrplan der Schulen erhalten

würde. Norris (1991) vermutet, daß dieses neue Schulprojekt eine Art „Bestechung“ sei, um die Zustimmung zu den begleitenden Vorschlägen für größere Freiheit in der Wahl der Schule seitens der Eltern zu gewinnen. (Wie sich herausstellte, lehnte der Kongreß beide Vorschläge ab.) Präsident Bush schlug vor, in diesem Bereich 230 Millionen Dollar auszugeben, um die Schuldistrikte zu ermutigen, größere Freiheit in der Schulwahl zuzulassen, und er machte erneut den umstrittenen Vorschlag, Bundesgelder für benachteiligte Schüler auch dann auszuzahlen, wenn diese auf private oder gar kirchliche Schulen gingen.

Republikanische Politiker hatten diesen Vorschlag schon zuvor gemacht, er wurde jedoch immer wieder von liberalen Demokraten im Kongreß abgewehrt, die – wie viele städtische Pädagogen auch – befürchten, daß dies einen Exodus in Richtung Privatschulen zur Folge haben könnte, der die ohnehin schon bedenklichen Finanzen und den Status der umstrittenen städtischen Schulen weiter gefährden würde. Tatsächlich war eine der überraschendsten Entwicklungen zu Beginn des Jahres 1991 das Wieder-
aufleben des Interesses an der Bereitstellung öffentlicher Gelder für den Besuch einer Privatschule. [...] Zusammen [...] verwiesen diese Entwicklungen auf einen unerwarteten Zusammenbruch des noch vor kurzem bestehenden Konsenses darüber, daß staatlich geförderte Pläne für eine freie Schulwahl auf öffentliche Schulen beschränkt sein sollten.

[...]

Da jedoch kirchliche Schulen bei weitem den größten Teil der Privatschulen in den USA ausmachen, hängt die Zukunft des Konzeptes der freien Wahl auch privater Schulen in erster Linie von der Haltung des Obersten Bundesgerichts gegenüber dem First Amendment, dem ersten Zusatz zur amerikanischen Verfassung ab. (In diesem Zusatz ist die rigorose Trennung von Kirche und Staat verfügt.) In der Vergangenheit hat das Gericht immer die Ansicht vertreten, daß das First Amendment es verbiete, öffentliche Gelder für mit der Kirche zusammenhängende Aktivitäten einzusetzen. Doch herrscht im Obersten Bundesgericht heute aufgrund der Ernennungen zu Reagans Regierungszeit eine konservative Mehrheit. So könnte [...] das Gericht in Zukunft das First Amendment so auslegen, daß öffentliche Gelder an religiöse Organisationen gezahlt werden dürfen, sofern alle Glaubensrichtungen gleich behandelt werden und keine bevorzugt wird. Sollte dies schließlich eintreten, müßte man wirklich von einem grundlegenden Wandel in der Bildungspolitik sprechen. Bislang aber sind die organisierte politische Opposition gegen das Konzept der freien Wahl auch privater Schulen wie auch die rechtlichen Barrieren bei weitem nicht aus dem Weg. Folglich ist die Zukunft noch sehr ungewiß.

5. „Seid mutig, seid britisch“

Der Economist veröffentlichte (23. März 1991) zu dem Zeitpunkt, als der Bildungsminister Lamar Alexander sich anschickte, die neue amerikanische Bildungspolitik vorzustellen, einen Leitartikel, in dem sie ihn aufforderte, aus der englischen Erfahrung zu lernen: „Sei mutig, sei britisch.“ Sicherlich ist die Schulreform der konservativen britischen Regierung mutig. Doch von einem typisch amerikanischen Standpunkt aus scheint sie auch unausgewogen zu sein. Der Durchschnittsamerikaner muß sowohl um Gleichheit bemüht sein als auch um Vortrefflichkeit und Effizienz. Die Frage der Gleichheit ist Bestandteil des amerikanischen Systems, festgehalten in den rechtlichen Garantien der Bill of Rights und im vierzehnten Verfassungszusatz (Fourteenth Amendment), der allen amerikanischen Staatsbürgern „gleichen Rechtsschutz“ und „rechtliches Gehör“ zusichert. Die amerikanischen Politiker müssen sich dieser Aspekte bewußt sein, wenn sie neue Gesetze machen. In Großbritannien werden konservative Politiker nicht durch ähnliche Vorkehrungen von ihrem Ziel der Effizienz abgebracht. Aufgrund einer starken Mehrheit im Parlament können Tory-Minister ihre Ziele mit einem solch ungehinderten Eifer verfolgen, daß die amerikanischen Kongreßabgeordneten sie darum nur beneiden können.

Obwohl die konservative Regierung unter John Major moderater ist als unter Margaret Thatcher, folgt sie doch weiterhin einer marktorientierten, von Thatcher geprägten Bildungspolitik, die nur wenig von Fragen der Gleichheit beeinträchtigt wird. In den Vereinigten Staaten neigen sogar Befürworter von Systemen freier Schulwahl wie etwa Coons und Sugarman (1978) oder Chubb und Moe (1992) dazu, sich mit Sicherheitsvorkehrungen gegen die offensichtlich Ungleichheit verursachenden Folgen von völlig ungesteuerten Systemen abzumühen und sie in ihre Konzepte einzubauen. Dies scheint in England nicht der Fall zu sein.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das britische Reformgesetz von 1988 (ERA) den marktorientierten Wettstreit zwischen Schulen betont. Die beiden Hauptkomponenten, die vor allem die Konkurrenz fördern, seien hier noch einmal genannt: (1) der „Schüler-als-Gutschein-Plan“ (freie Schulwahl, wobei die Gelder den Schülern an die jeweilige Schule folgen) und (2) Vorkehrungen dafür, daß Schulen sich, sollte die Elternschaft dafür stimmen, von ihrer lokalen Schulbehörde (Local Education Authority, LEA) lösen und zu „Grant Maintained Schools“, zu subventionierten Schulen, werden können, die ihre Gelder direkt von der Landesregierung erhalten.

Obgleich die Vereinigten Staaten keinen Plan entwickelt haben, der dem Projekt staatlich subventionierter Schulen gleicht, setzen sich Chubb und Moe (1990) tatsächlich doch für ein großangelegtes Vorhaben ein, das es auch amerikanischen Schulen ermöglichen soll, „auszusteigen“. Aber im Gegensatz zur britischen Strategie würde ihr Vorschlag darauf abzielen, daß die Politiker auf Bundesstaatenebene ihre Schulen aus gegebenen staat-

lichen Systemen einer demokratisch kontrollierten Leitung von Schulbezirken lösen, zugunsten eines marktgetriebenen Systems von staatlich unterstützten öffentlichen und privaten Schulen. Die voraussichtlichen Folgen sowohl des von Chubb und Moe vertretenen Planes wie auch des britischen Subventionsprojektes allerdings werden vergleichbar sein. In beiden Fällen werden die Schulen einer kommunalen demokratischen Leitung entzogen, und gemeindeweite Planung wird durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes ersetzt. Beunruhigend insbesondere im Hinblick auf die britische Entwicklung ist das mögliche Wiederaufleben des ungleichen, zweigleisigen Systems der selektiven Grammar Schools und der Secondary Modern Schools (einer Kombination von Real- und Hauptschule). [...] Die Vertreter des Egalitarismus befürchten, daß dies eine schleichende Privatisierung staatlicher Schulen bedeute sowie eine mögliche Wiedereinführung von Selektion und Elitedenken. Die Verfechter der Regierungspolitik antworten darauf, daß die Möglichkeit des Aussteigens der Schlüssel zur Befreiung der Schulen sei und sie effizienter, effektiver und handlungsfähiger machen würde.

Politiker auf beiden Seiten des Atlantik täten gut daran, die sich in Großbritannien langsam ansammelnden empirischen Untersuchungen zur freien Schulwahl genau zu studieren. Diese bieten zum ersten Mal systematische und umfangreiche Daten darüber, was passiert, wenn auf dem Prinzip der freien Schulwahl basierende Projekte mit bestimmten Charakteristika eingeführt werden. In Schottland wird seit 1982 eine Politik der freien Schulwahl seitens der Eltern verfolgt, die der mit der ERA für England und Wales vorgesehenen Regelung gleicht. Dort durchgeführte Studien (Adler u.a. 1989; Echols u.a. 1990) bieten einen wichtigen Prüfstein für die der ERA zugrundeliegenden Annahmen. Einige der von Adler, Petch und Tweedie veröffentlichten Ergebnisse stellen diese Annahmen in Frage:

- Für die Mehrzahl der Eltern bedeutete die freie Schulwahl, eine zufriedenstellende Alternative zur Bezirksschule zu finden, nicht aber eine optimale Auswahl aus einer großen Zahl möglicher Schulen zu treffen.
- In der Suche nach Schulen für ihre Kinder lassen sich Eltern sehr viel mehr von geographischen und sozialen Faktoren, wie z.B. Länge des Schulwegs und Schuldisziplin, sowie vom allgemeinen Ruf einer Schule beeinflussen als von pädagogischen Überlegungen.
- Insgesamt waren die Schulen, die die meisten Schüler für sich gewannen, jene, die ehemals zu den selektiven Schulen in mittelständischen Gegenden zählten, während die Schulen, die die meisten Schüler verloren, jene waren, deren Einzugsbereich in Wohnungsprojekten der Kommunalbehörden in unterprivilegierten Randbezirken lagen.
- Es gibt zahlreiche Belege für herdentriebartige Mechanismen und nur wenige Hinweise darauf, daß der Markt als sich selbst korrigierender Mechanismus funktioniert. (Adler 1990: 4f.)

Obwohl Adler (1990) zu dem Schluß kommt, daß zu den Folgen der freien Schulwahl durch die Eltern in Schottland auch ein weniger effizienter Einsatz der Mittel zählt sowie eine Zunahme der Ungleichheiten zwischen Schulen und das Wiederauftauchen eines zweigleisigen Systems von Sekundarschulen in den Großstädten, ist er dennoch der Ansicht, daß man nicht völlig auf ein solches System verzichten solle, sondern vielmehr die Politik so ändern müsse, daß diese unerwünschten Konsequenzen vermieden würden.

6. Schlußbetrachtung

Trotz der erheblichen Unterschiede experimentieren die Vereinigten Staaten und Großbritannien doch mit vergleichbaren marktorientierten Taktiken, um ihre Schulen grundlegend umzustrukturieren und zu verbessern. In den USA wächst die Unterstützung für mutige, ja sogar revolutionäre Maßnahmen zur Verbesserung des Schulsystems; doch durch die im politischen System Amerikas verankerte Machtverteilung und ihre Kontrollinstanzen werden eher allmähliche als radikale Veränderungen gefördert. Allerdings hat das Oberste Bundesgericht den Joker in der Hand, denn ihm ist die Möglichkeit gegeben, den ersten Verfassungszusatz (First Amendment) bezüglich der Trennung von Staat und Kirche neu auszulegen. Sollte diese Karte jemals gespielt werden, wird sie neue Spielregeln setzen, und die amerikanische Bildungspolitik könnte ein „mutiges und britisches“ Gesicht annehmen.

Literatur

- Adler, M.: Parental choice and the enhancement of children's interests. Paper presented at Seminar on Public and Private Choice in Education, Centre for Educational Sociology, University of Edinburgh, March 4, 1990.
- Adler, M./Petch, A./Tweedie, J.: Parental choice and educational policy. Edinburgh: Edinburgh University Press 1989.
- Ball, S.J.: Politics and policy making in education: Explorations in policy sociology. London: Routledge 1990.
- Beare, H.: Chapter 1. In: G. Harman/H. Bear/G.F. Berkeley (Eds.): Restructuring school management: Administrative Reorganization of public school governance in Australia. Canberra: Australian College of Education Press 1991.
- Beare, H./Boyd, W.L. (Eds.): Restructuring Schools: An International Perspective on the Movement to Transform the Control and Performance of Schools. London: Falmer Press 1993.
- Burnham, W.D.: Democracy in the Making. Englewood Cliffs, NU: Prentice-Hall 1983.
- Caldwell, B. J.: Paradox and uncertainty in the governance of education. Paper presented at the annual meeting of the American Educational Research Association, San Francisco, March 29, 1989.
- Chubb, J.E./Moe, T.M.: Politics, markets, and America's schools. Washington, D.C.: The Brookings Institution 1990.

- Chubb, J.E./Moe, T.M.: A lesson in school reform from Great Britain. Washington, D.C.: The Brookings Institution 1992.
- Clark, D.L./Astuto, T.A.: The significance and permanence of changes in federal education policy. *Educational Researcher* (October 1986), S. 4-13.
- Coombs, P.H.: The world crisis in education: The view from the eighties. New York: Oxford University Press 1985.
- Coons, J.E./Sugarman, S.D.: Education by choice: The case for family control. Berkeley, CA: University of California Press 1978.
- Cooper, B.: Local school reform in Great Britain and the United States: Points of comparison – points of departure. *Education Review* 42 (1990), 2, S. 133-149.
- Echols, F./McPherson, A./Willms, J.D.: Parental choice in Scotland. *Journal of Education Policy* 5 (1990), 3, S. 207-222.
- Economist* (March 23, 1991): „Be bold, be British: A lesson for America's Schools.“ Vol. 318, N. 7699, S. 19-20.
- Gigot, P.A.: School reform now turns to revolution. *Wall Street Journal*, April 8 (1991), S. 6.
- Guthrie, J.W./Pierce, L.C.: The International Economy and National Education Reform: A Comparison of Education Reforms in the United States and Great Britain. *Oxford Review of Education*, vol. 16 (1990), no.2, S. 179-205.
- Harman, G./Beare, H./Berkeley, G.F. (Eds.): Restructuring school management: Administrative reorganization of public school governance in Australia. Canberra: Australian College of Education Press 1991. San Francisco: Institute for Contemporary Studies 1988.
- McKay, D.: *American Politics & Society* 2nd edition. Oxford: Basil Blackwell 1989.
- Norris, B.: A revolution starts with small change. *Times Educational Supplement* (1991), May 3, S. 11.
- Plank, D./Adams, D.: Death, taxes, and school reform, *Administrator's Notebook*. 1989.
- Simon, B.: The Education Act, 1988: Origins and Implementation. *The Welsh Journal of Education*, vol. 1 (1989), no.1, S. 24-29.
- Thomas, H.: The Education Reform Movement in England and Wales. In H. Beare/W. Boyd (Eds.): *Restructuring Schools: An International Perspective on the Movement to transform the Control and Performance of Schools*. London and New York: Falmer Press 1993.
- Wirt, F./Harman, G. (Eds.): *Education recession and the world village*. London: Falmer Press 1986.